MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

An die
Mitglieder
des Bau- und Planungsausschusses,
Liegenschaften

Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften

Geschäftsführung: Friedhelm Stein

Telefon: 06421 201-1602
Telefax: 06421 201-1790
E-Mail: friedhelm.stein@marburg-stadt.de

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Freitag von 8 – 12 Uhr
Donnerstag von 15 – 18 Uhr
und nach Vereinbarung

Marburg, 28.03.2019

Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, Liegenschaften (öffentlich)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, Liegenschaften (öffentlich)** der Stadtverordnetenversammlung am

Donnerstag, den 04.04.2019, 18:00 Uhr,
Sitzungssaal Barfüßerstraße 11, 35037 Marburg

lade ich Sie hiermit fristgerecht ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1 Eröffnung der Sitzung

2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.03.2019

3 Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21

4 Anträge der Fraktionen

4.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bericht zum Lokschuppen
Vorlage: VO/6623/2019

4.2 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr. Afföllerwiesen
Vorlage: VO/6734/2019

4.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Stopp der Verhandlungen zum Verkauf des Afföllerwiesen-Parkplatzes
Vorlage: VO/6736/2019

4.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gaswerkgelände
Vorlage: VO/6737/2019

4.5 Antrag der Fraktionen von Bürger für Marburg, SPD und CDU betr. ganzheitliche Mobiliätsstrategie für Marburg
Vorlage: VO/6739/2019

4.6 Antrag der Fraktionen Marburger Linke und Bündnis 90/Die Grünen betr. Ersatzräume für Künstlerwerkstatt errichten
Vorlage: VO/6741/2019

4.7 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Abschaffung der Straßenbeitragssatzung
Vorlage: VO/6742/2019

5 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

5.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Straßenlaternen im Northhamptonpark
Vorlage: VO/6700/2019

5.2 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Zebrastreifen in der Straße Barfüßertor
Vorlage: VO/6702/2019

6 Kenntnisnahmen

6.1 Niederschrift über die 66. Sitzung des Denkmalbeirates am 4. Dezember 2018
Vorlage: VO/6710/2019

6.2 Niederschrift über die 67. Sitzung des Denkmalbeirates vom 5. Februar 2019
Vorlage: VO/6730/2019

7 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Uwe Meyer
Vorsitzender

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.:	**VO/6623/2019**
	Status:	öffentlich
	Datum:	22.01.2019
Antragstellende Fraktion/en:	Marburger Linke	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Kenntnisnahme	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bericht zum Lokschuppen

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, Liegenschaften ausführlich über den Baufortschritt des Lokschuppens zu berichten. Besondere Schwerpunkte sind dabei auf die denkmalpflegerischen Aspekte zu legen, die wie bekannt, dass schwächste rechtliche Glied bei der Sanierung darstellen.

Weitere Fragestellungen sind:
- Wie weit ist die Baugenehmigungsphase vorangeschritten, gibt es Abweichungen zu den ursprünglichen Planungen?
- Welche Ergebnisse brachten die Bodenuntersuchungen hervor, was bedeutet dies für die geplante Unterkellerung des Lokschuppens? Wo werden die Altlasten, kontaminierten Erdaushübe entsorgt?
- Wie sieht der Zeitplan insbesondere der Dachsanierung aus, die bei der Ausschreibung ja gesondert fest gelegt worden ist?
- Wie sieht die konkrete Planung für das Werkstattgebäude / Hotel aus?
- Ist der Umzug der Kunstwerkstatt auf dem Waggonhallenareal gewährleistet?
- Wie ist die Baustellensicherung geregelt? Wo führt die Baustraße lang, wie wird diese gesichert? Zumal die benachbarten Gebäude sich hoher Besucher erfreuen.
- Wie sehen die Außenplanungen aus, insbesondere auch der Drehscheibe?

Begründung:

Die Umbaugestaltungen des Waggonhallenareals werden mit großem Interesse in der Stadtgesellschaft verfolgt. Auch der Verkauf des Lokschuppens wurde mit großem öffentlichen Interesse vorangetrieben. Ein Sachstandsbericht stößt sicherlich auf ebenso großes Interesse.

Tanja Bauder-Wöhr

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6734/2019** öffentlich 20.03.2019
Antragstellende Fraktion/en:	SPD BfM CDU	

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Afföllerwiesen

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Stand und mögliche Pläne zu dem Parkplatzgelände an den Afföllerwiesen zu berichten.

Der Magistrat ist angehalten, bei allen Entwicklungen des Geländes an den Afföllerwiesen im Bereich des g-werks mit dem Theater neben dem Turm (TNT) und dem Cafe Trauma dafür zu sorgen,

- dass die bestehenden Kultureinrichtungen in ihrer bisherigen Tätigkeit durch eventuelle Veränderungen, die sich durch eine Veräußerung des angrenzenden Grundstücks ergeben könnten, nicht eingeschränkt und dass bestehende Rad- und Fußwegeverbindungen nicht beeinträchtigt werden.
- dass Parkplätze mindestens in ihrer bisherigen Anzahl erhalten und auch wie bisher öffentlich nutzbar bleiben. Eine Bewirtschaftung durch die Stadtwerke Marburg ist anzustreben.

Diese Maßgaben sind rechtlich verbindlich von der Stadt festzulegen.

Begründung:

Durch den Beschluss des Magistrats am Montag dieser Woche, einen Verkauf eines Geländebereichs an den Afföllerwiesen zu prüfen und Verhandlungen darüber mit einem möglichen Interessenten aufzunehmen, hat sich eine neue Situation ergeben, die über das bereits durch den im Verfahren befindlichen Antrag zur Nutzung dieses Geländes hinausgeht. Angesichts aktueller Diskussionen im Zusammenhang mit dem Bereich Afföllerwiesen und aufgekommener Mutmaßungen ist es dringend geboten, dass die Öffentlichkeit sachlich informiert wird.

Matthias Simon	**Andrea Suntheim-Pichler**	**Jens Seipp**
Anna Zels	**Roland Frese**	**Oliver Hahn**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6736/2019** öffentlich 21.03.2019
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Stopp der Verhandlungen zum Verkauf des Afföllerwiesen-Parkplatzes

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird aufgefordert, die laufenden Verhandlungen mit der Marburger Projektförderungsgesellschaft mbH zum Verkauf des Afföllerwiesen-Parkplatzes unverzüglich zu beenden, von jeglichen weiteren Verkaufsabsichten abzusehen und stattdessen eine städtebauliche Entwicklung in öffentlicher Trägerschaft vorzunehmen.

Begründung:

Die Mitte dieser Woche veröffentlichten Berichte über Verhandlungen zwischen dem Magistrat und einer Tochtergesellschaft der Pohl-Familienstiftung bestätigen die Befürchtungen und Gerüchte, die in den vergangenen Wochen in der Stadtgesellschaft kursierten und die noch vor wenigen Wochen dementiert bzw. über die peinlichst geschwiegen wurde.
Mit dem Afföllerwiesen-Parkplatz würde ein zentrales Grundstück zur städtebaulichen und verkehrlichen Entwicklung im Zentrum unserer Stadt verkauft werden, anstatt ihm einer nachhaltigen Nutzung, bspw. für einen zu bauenden Verkehrsknoten Nord, zuzuführen. Diesen Ausverkauf öffentlichen Grund und Bodens gilt es aus unserer Sicht zu stoppen.

Marco Nezi **Hans-Werner Seitz**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.:	**VO/6737/2019**
	Status:	öffentlich
	Datum:	21.03.2019
Antragstellende Fraktion/en:	Marburger Linke	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gaswerkgelände

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird aufgefordert, keine städtischen Flächen auf dem Gelände des alten Gaswerks an Private zu verkaufen, um dort eine „Seniorenresidenz“ und ein Parkhaus zu errichten.

Auf dem Gelände sollen keine zusätzlichen Parkmöglichkeiten entstehen, weder durch Private noch durch die Stadtwerke. Diese sollen auch keine Verwaltung eines Parkhauses übernehmen.

Die Stadt wird außerdem aufgefordert, ein eigenes städtebauliches Konzept für diesen Bereich zu entwickeln.

Begründung:

Einmal mehr sollen öffentliche Flächen in der Innenstadt an Privatfirmen verkauft werden, deren einziges Ziel darin besteht, möglichst hohe Renditen zu erwirtschaften. Während für Sozialwohnungen in der Innenstadt kein Platz ist, soll städtisches Gelände für Luxus-Seniorenheime abgegeben werden.

Sollte am Afföller eine Bebauung mit einer „Seniorenresidenz“ möglich sein – was angesichts der Nähe zu einem Parkhaus, zur Stadtautobahn und zum G-Werk unwahrscheinlich erscheint - sollten hier stattdessen dringend benötigte Sozialwohnungen entstehen.

Da die Stadt anscheinend davon ausgeht, dass durch den Ausbau des Radverkehrs (Green-City-Plan) und des ÖPNV der Pkw-Verkehr abnehmen wird, macht es keinen Sinn, gleichzeitig Parkmöglichkeiten am Afföller oder anderswo zu erweitern. Es wird zu keiner Verringerung des Pkw-Verkehrs in der Innenstadt und des Durchgangsverkehrs zu den Behringwerken führen, solange in der Innenstadt und an den Pharma-Standorten die Anzahl der Parkplätze

nicht verringert wird und kein kostenloser Bus-Shuttle mit kurzen Wartezeiten die Parkhäuser bedient.

Aufgabe der Stadtwerke ist es nicht, durch den Bau und Verwaltung möglichst vieler Parkmöglichkeiten den Pkw-Verkehr zu fördern, sondern den ÖPNV auszubauen.

Trotz gegenteiliger Beteuerung sind außerdem nach den Parkhausplanungen empfindliche Beeinträchtigungen des TNT, des Cafe Trauma und der Kleingartenanlage absehbar.

Renate Bastian **Tanja Bauder-Wöhr**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6739/2019** öffentlich 22.03.2019
Antragstellende Fraktion/en:	BfM SPD CDU	

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von Bürger für Marburg, SPD und CDU betr. ganzheitliche Mobilitätsstrategie für Marburg

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, eine ganzheitliche Mobilitätsstrategie für die Stadt Marburg zu entwerfen. Sie soll unter breiter Bürgerbeteiligung erarbeitet und mit Hessen Mobil abgestimmt werden. Bereits laufende Maßnahmen wie zum Beispiel der Green-City-Plan, das Elektromobilitätskonzept und insbesondere folgende Aspekte werden berücksichtigen:

- der prognostizierte Anstieg von weiteren 3.000 Bewohnerinnen und Bewohnern sowie der steigenden Anzahl an Beschäftigten
- Mobilitätswandel aufgrund neuester Technologien und sich veränderndem Mobilitätsverhalten aller Verkehrsteilnehmer
- Sicherheit für ALLE Verkehrsteilnehmer – insbesondere in den Wohnquartieren
- Verminderung der verkehrsbedingten Umweltbelastungen
- effiziente und schnelle Abwicklung des Verkehrs auf sogenannten Hauptrouten/Schnellstraßen für den ÖPNV, MIV und Radverkehr
- attraktive Gestaltung des Straßenraums
- attraktive Anbindung der aller Außenstadtteile

Des Weiteren muss ein entsprechender Finanzierungsplan für die Umsetzungsphasen erarbeitet werden.

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, regelmäßig über die Entwicklung der Mobilitätsstrategie zu berichten.

Begründung:

Nicht nur die Schaffung von Wohnquartieren im Westen von Marburg, der vom RP prognostizierte Anstieg von 3.000 weiteren Bewohnerinnen und Bewohnern bis 2030, sondern auch der Anstieg der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Pharmastandorten wird ein vieles Mehr an Verkehr nach sich ziehen.

In der Vergangenheit wurde auf Initiative des Magistrates, von Hessen Mobil und den Fraktionen des Marburger Stadtparlaments an vielen Stellen der fließende und ruhende Verkehr mit unterschiedlichen Maßnahmen und Anträgen gestaltet und geprägt. Ein Kreisel hier, eine Bedarfsampel dort, ein Fahrradweg, der im Off endet, lange Staus und zu hohe Stickstoff- und CO2- Emissionen, hohe Anzahlen an gewerblichen und privaten Lieferverkehren prägen u.a. den Marburger Verkehr. Die städtebaulichen Veränderungen in den letzten Jahren waren rasant und haben die Überlegungen der politisch Verantwortlichen oft überholt.

Statt in kleinen Formaten den Verkehr weiter zu entwickeln, benötigen wir aus unserer Sicht eine visionäre und ganzheitliche Mobilitätsstrategie, die die obigen Aspekte berücksichtigt, um Marburg in diesem Bereich zukunftsfähig zu machen. Der Stellenplan 2019 sieht die Beschäftigung eines Mobilitätsmanager vor. Die ganzheitliche Mobilitätsstrategie sollte sein erstes Projekt sein.

Andrea Suntheim-Pichler	**Sonja Sell**	**Karin Schaffner**
Gabriele Mensing	**Dr. Fabio Longo**	**Jan von Ploetz**
Roland Frese	**Thorsten Büchner**	**Oliver Hahn**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6741/2019** öffentlich 22.03.2019
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen Marburger Linke	

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen Marburger Linke und Bündnis 90/Die Grünen betr. Ersatzräume für Künstlerwerkstatt errichten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die in Folge des Lokschuppenverkaufs durch den Investor vertraglich verpflichtend zu errichtenden Ersatzräume für die Werkstatt des Künstlers Thomas Gebauer endlich errichtet werden, im Eigentum und auf Grund und Boden der städtischen GeWoBau verbleiben, nicht privatisiert werden und ein langfristiger Mietvertrag abgeschlossen wird.

Renate Bastian **Dietmar Göttling**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6742/2019** öffentlich 25.03.2019
Antragstellende Fraktion/en:	CDU SPD BfM	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Abschaffung der Straßenbeitragssatzung

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird gebeten,

vor dem Hintergrund der seit Mai 2018 in Hessen möglichen geänderten Finanzierung der Straßenbaubeiträge Folgendes zu veranlassen:

1. Die seit dem 04. September 2003 gültige Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt außer Kraft gesetzt werden. Die dazu nötigen rechtlichen und organisatorischen Vorbereitungen hierzu sind zu treffen.

2. Dies hat rechtzeitig zu erfolgen, um die Auswirkungen entsprechend in der Haushaltsplanung für 2020 berücksichtigen zu können.

3. Neue Straßenbaumaßnahmen direkt unter Berücksichtigung der anstehenden Aussetzung der Straßenbeitragssatzung zu planen.

4. Das Marburger Straßennetz ist einer Sichtung und Kategorisierung zu unterziehen, um den jeweiligen Sanierungsbedarf der einzelnen Straßen zu ermitteln. Hier ist eine mehrstufige Skala zu entwickeln, aus der sich auch eine Prioritätenliste ableiten lässt.

5. Der Gesamtbedarf der Straßensanierungen ist so darzustellen, dass in einem weiteren Schritt – analog zu BiBaP – eine verlässliche mittelfristige Planung der vorzunehmenden Straßensanierungen für die Stadt zu Stande kommt, die wirtschaftlich tragbar, transparent, nachvollziehbar und bedarfsgerecht abgewickelt werden kann, um eine nachhaltige Werterhaltung und Tüchtigkeit des Marburger Straßennetzes zu gewährleisten. Dabei sind begleitende infrastrukturelle Tiefbaumaßnahmen insbesondere mit den Stadtwerken zu berücksichtigen und zu koordinieren und ein straßenbaulicher Standard festzulegen. Soweit es sich dabei um Anliegerstraßen handelt, sollte dieser Standard stadtweit möglichst ein-

heitlich sein. Durchgangsstraßen und Straßen mit besonderer örtlicher und überörtlicher Bedeutung sind nutzungsorientiert so zu planen und zu gestalten, dass für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen angemessen Raum zur Verfügung steht – ebenso für die Abwicklung des ÖPNV mit dessen begleitenden Infrastruktur.

Begründung:

Seitens des Landes Hessen ist nun allen Städten und Gemeinden freigestellt, grundhafte Sanierungen von Gemeindestraßen mittels allgemeiner Haushaltsmittel oder durch die Erhebung von Straßenbeiträgen zu finanzieren. Hierbei können Städte und Gemeinden zudem entscheiden, ob sie sogenannte wiederkehrende Straßenbeiträge oder anlassbezogene Straßenbeiträge im Rahmen einer Schlussrechnung erheben. Im Jahr 2003 wurde in der Universitätsstadt Marburg eine Straßenbeitragssatzung beschlossen, die seither durchgehend Gültigkeit hat. Angesichts von durchschnittlich 340.000 € Einnahmen an Straßenbaubeiträgen in den vergangenen 10 Jahren scheint eine Finanzierung der Wiederherstellung von vorhandenen Straßen auch aus Haushaltsmitteln machbar – unter der Voraussetzung, dass ein maßvoller Ausbaustandard gewahrt bleibt und die Wiederherstellung der Straßen nach einer für alle Beteiligten transparenten und nachvollziehbaren Prioritätenliste erfolgt.

Jens Seipp
Hermann Heck
Jan von Plötz
Matthias Simon
Sonja Sell
Andrea Suntheim-Pichler

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Antrag des Kinder- und Jugendparlaments	Vorlagen-Nr.: **VO/6700/2019** Status: öffentlich Datum: 05.03.2019

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Straßenlaternen im Northhamptonpark

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten zu prüfen, inwiefern eine Installation von weiteren Straßenlaternen an den Seitenwegen und beim Spielplatz im Northhamptonpark möglich ist.

Begründung:

Wenn man im Dunkeln durch den Park läuft, kann man als Kind und Jugendliche*r schnell ein Gefühl der Unsicherheit bekommen. Wegen der mangelnden Beleuchtung gehen deshalb viele Kinder und Jugendliche lieber einen erheblichen Umweg über das Universitätsstadion. Die Installation von Laternen hilft den Bereich der Wege auszuleuchten und ermöglicht ein sicheres Durchqueren.

Manuel Greim
Vorsitzender des Kinder- und Jugendparlaments

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Antrag des Kinder- und Jugendparlaments	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6702/2019** öffentlich 05.03.2019

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Zebrastreifen in der Straße Barfüßertor

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten zu prüfen, ob an der Einmündung der Straße Barfüßertor in die Ockershäuser Allee unterhalb der Bushaltestelle „Wilhelmsplatz D2“ ein Zebrastreifen angelegt werden kann, der zusätzlich zur Verkehrsinsel für mehr Sicherheit sorgen würde.

Begründung:

Die bestehende Verkehrsinsel bietet sich jetzt schon an, um vom Wilhelmsplatz einerseits die Bushaltestelle zu erreichen. Andererseits ist es hier auch nötig die Straße zu überqueren, wenn man in die Universitätsstraße kommen möchte. Ein neuer Zebrastreifen an dieser Position würde die Verkehrssituation für Kinder, Jugendliche und andere Verkehrsteilnehmer sicherer und einfacherer gestalten.
Zusätzlich ist die Straße für Fußgänger schlecht einzusehen, was einen Zebrastreifen und eine dazugehörige Kennzeichnung vor Beginn der Kurve für AutofahrerInnnen sinnvoll und notwendig macht.

Manuel Greim
Vorsitzender des Kinder- und Jugendparlaments